

A N F R A G E von Michael Zeugin (GLP, Winterthur) und Franziska Barmettler (GLP Zürich)

betreffend Massnahmen für den bevorstehenden Winter mit einem Krieg in Europa

Vorsorge ist die beste Krisenprävention. Vor allem, wenn genügend Zeit vorhanden ist, um sich auf eine kritische Situation vorzubereiten. Seit rund fünf Monaten herrscht Krieg in Europa. Seit Beginn dieses Kriegs ist klar: die Energie-Politik des Kantons Zürich muss kurz- und langfristig neu ausgerichtet werden. Es ist ein Gebot der Vernunft, dass jetzt Massnahmen zur Reduktion der Abhängigkeit unseres Kantons von Erdöl und Erdgas umgesetzt werden. Es braucht eine Strategie für eine zukunftsfähige Energieversorgung, die der neuen geostrategischen Lage in Europa gerecht wird. Für den kommenden Winter geht es darum, die Spitze der Krise zu brechen und die bevorstehenden Herausforderungen sozial-, wirtschafts- und damit gesellschaftsverträglich zu meistern.

1. Was hat der Regierungsrat seit Beginn des Kriegs unternommen, um die Energieversorgung für den bevorstehenden Winter und die kommenden Jahre sicherzustellen? Welche weiteren Massnahmen sind geplant?
2. Welche Entscheide und Vorbereitungen hat der Regierungsrat getätigt, um den Energieverbrauch im kommenden Winter so gut wie möglich zu reduzieren? Und welche weiteren Massnahmen sind geplant?

Der Ausbau einheimischer erneuerbarer Energien und die Umsetzung von energieeffizienten Massnahmen hat mittelfristig eine strategische Priorität. Damit das möglich ist, sind sofort Massnahmen notwendig:

3. Welche Massnahmen wurden getroffen, um die Bewilligungsverfahren für die Erstellung von erneuerbaren Energien (Windenergie, Solarthermie, Wasserkraft, Geothermie, Holz- und Schnitzelheizungen, Biogasanlagen, Wärmeverbünde sowie alle weiteren erneuerbaren Heiz- und Energiequellen) und energieeffizienten Massnahmen im Kanton Zürich zu vereinfachen? Und ist der Regierungsrat bereit, auf die Erhebung von Gebühren für die kommenden fünf Jahre zu verzichten?
4. Hat der Regierungsrat die Ausbildungsklassen der betroffenen Berufsprofile in den Berufsschulen erhöht, damit der jetzt schon klar ausgewiesene höhere Bedarf an Fachkräften für die kommenden Jahre gedeckt werden kann?
5. Ist der Regierungsrat bereit, einen Förderkredit zu sprechen, der rasche und unbürokratische Massnahmen unterstützt, die kurzfristig helfen, die Energieproduktion im Kanton Zürich zu erhöhen (z.B. Vorfinanzierung der Anschlusskosten für den Bau zusätzlicher Solar-Kapazitäten auf Bauernhöfen) sowie den Verbrauch von Erneuerbaren zu reduzieren?
6. Ist der Regierungsrat bereit, für die Umsetzung seiner energiepolitischen Ziele den Bau von Solarparks befristet zu ermöglichen? Welche raumplanerischen- und gesetzlichen Massnahmen müssen dazu ergriffen werden?
7. Gibt es eine Koordination zwischen Kanton und Gemeinden, damit unverzüglich eine maximale Wirkung erzielt werden kann und damit die Belastungsspitzen für die Bevölkerung und die Wirtschaft gemindert werden können?
8. Es gibt verschiedene Projekte im Kanton Zürich, bei denen Einzelverbraucher einen sehr grossen Energieverbrauch haben, ohne dass die Abwärme konsequent genutzt werden muss (Datenzentren)? Ist der Regierungsrat bereit, dies mit einer raumplanerischen Auflage sofort und konsequent einzufordern?

Michael Zeugin
Franziska Barmettler